

Thema: Eigenheimzulage - Bildung hat Vorrang

Die Politik ist den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber dafür verantwortlich, dass Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Deshalb müssen auch steuerliche Regelungen dem Wandel ökonomischer und gesellschaftlicher Verhältnisse angepasst werden. Kein Steuergesetz ist für die Ewigkeit gemacht. Dies gilt auch für die Eigenheimzulage.

Die Lage

Deutschland muss in den nächsten Jahren noch mehr in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Tun wir dies nicht, verlieren wir im internationalen Wettbewerb den Anschluss. Dann wäre die Grundlage unseres Wohlstands und die Basis für die soziale Sicherheit insbesondere für die kommenden Generationen gefährdet.

Es gibt nur drei Wege, um zu den notwendigen Haushaltsmitteln zu kommen: Steuererhöhungen, mehr Schulden oder Einsparungen an anderer Stelle. Die beiden ersten Möglichkeiten scheiden aus: Steuererhöhungen sind Gift für den konjunkturellen Aufschwung, neue Schulden sind wegen der Belastung künftiger Generationen nicht zu vertreten.

Die Lösung

Für Bürgerinnen und Bürger, die ein Eigenheim bauen wollten, war in der Vergangenheit die Eigenheimzulage eine willkommene steuerliche Entlastung. Das Interesse des Staates lag darin, die Wohnungsversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Dieses Interesse der Allgemeinheit ist aufgrund der Sättigung des Wohnungsmarktes nicht mehr gegeben. Nach unserer Auffassung sollen diese Subventionen sinnvoller in Bildung, Forschung und Innovation gelenkt werden.

◆ Die Eigenheimzulage ist seit Jahren die steuerliche Einzelsubvention mit dem höchsten Volumen im Bundeshaushalt. Aufgrund der guten Wohnraumsituation in Deutschland ist die steuerliche Förderung von Wohneigentum

nicht mehr erforderlich, in einigen Gebieten mit hohem Wohnungsleerstand zwischenzeitlich sogar kontraproduktiv geworden.

- Die Zulage wird überwiegend von Haushalten im oberen Drittel des geförderten Einkommensbereichs in Anspruch genommen. Häufig kann also auch ohne die Zulage gebaut oder gekauft werden. Die Eigenheimzulage führt zu Verzerrungen, Mitnahmeeffekten und Ungerechtigkeiten: Haushalte mit geringen Einkommen, die sich trotz Zulage kein Eigenheim leisten können, finanzieren mit ihren Steuergeldern das Eigenheim Besserverdienender mit.

- Fällt die Eigenheimzulage weg, werden 15 Milliarden Euro bis zum Jahr 2010 frei: frei für Bildung und Forschung. Der Abbau von Steuersubventionen kommt nicht nur dem Bund, sondern auch vor allem Ländern und Kommunen zugute: allein im Jahr 2008 könnten die Länder mit 1,3 Milliarden Euro freien Mitteln beispielsweise fast 30.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

- Nach unserem Gesetzentwurf gilt für alle bis Ende 2004 erworbenen Ansprüche die bisherige Förderung weiterhin, so dass nicht in "langjährige Planungen" der Bauherren und Wohnungskäufer eingegriffen werden muss. Wer Wohneigentum schon gebaut oder gekauft hat oder bis Ende Dezember den Bauantrag stellt oder den Kaufvertrag abschließt, erhält die Förderung noch nach den aktuellen Konditionen.

Zweifellos war die bisherige Eigenheimzulage eine hilfreiche Subvention für Bauherren. Unsere Politik muss aber auch die Zukunft unseres Landes insgesamt im Blick haben. Deshalb sind die Prioritäten klar: Steuergelder für die Bildung sind wichtiger als Steuergelder für Eigenheime.